

*Nur der Schwache wappnet sich mit Härte. Wahre Stärke kann sich Toleranz,  
Verständnis und Güte leisten*

*(Tilly Boesche-Zacharowski)*

**DIE LINKE.**

**Informationen, Polemiken  
und Meinungen aus Guben**

# Linker Stadtanzeiger

18. Jahrgang / Nr. 5 / 2007

Preis: Spendenbeitrag

Frei nach Martin Niemöller\*

Als der Bürgermeister das Frauenhaus ausquartierte, habe ich geschwiegen; ich war ja keine geschlagene Frau.

Als der Bürgermeister den Jugendclub eliminierte, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jugendlicher.

Als der Bürgermeister die Mietschuldner umquartierte, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Mietschuldner.

Als der Bürgermeister...

...

Als ich dran war, gab es keinen mehr, der etwas hätte sagen können.

*\*) ev. Theologe, 1892-1984.  
Antifaschist und Kritiker des  
polit. Weges der BRD*

## Abfuhr für Bürgermeisterpläne

Unrühmlich sorgte Guben in der Sommerpause wieder mal für Schlagzeilen. Das Konzept des Bürgermeisters zur Unterbringung von unliebsamen Mietschuldnern war von einigen Betroffenen öffentlich gemacht worden, da sie sich nicht anders zu helfen wussten. Die Reaktion des Bürgermeisters auf die einhellige Empörung in den Medien gab ihnen Recht, denn offenbar war es geplant, diesen „Coup“ unbemerkt, still und leise durchzuziehen. Ehe die Stadtverordneten auch nur die Chance einer Einwirkung gehabt hätten, wären alle Messen gesungen und sie wieder mal wie so oft vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Das ist nun diesmal nicht gelungen, doch der Schaden der durch das Handeln des Bürgermeisters hervorgerufen wurde ist immens. Zum einen die Außenwirkung der Stadt, vor allem aber der enorme Vertrauensverlust der BürgerInnen in ihr Stadtoberhaupt. Was soll man auch von einem Menschen halten, der noch immer in der letzten Sitzung der SVV seine Pläne zur Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft verteidigte. Kein Wort des Bedauerns über den unsensiblen Umgang mit EinwohnerInnen unserer Stadt, nein es wurde noch nachgelegt. Die Mietschuldner wurden, mit Folien untersetzt, in zwei Kategorien eingeteilt: Hartz IV und „Rest“. Von Menschen war nicht die Rede, und so wollte er seine Pläne zur Unterbringung in der Forster Straße nicht etwa aus humanitären Gründen auf Eis legen, sondern es rechnet sich nicht, für die Leute dort Heizung und Wasser anzustellen.



In der SVV sprach sich zwar eine deutliche Mehrheit dafür aus, dem Bürgermeister zu untersagen, dass er die Unterbringung in der Forster Straße weiter verfolgt, doch 11 Stadtverordnete verweigerten ihre Zustimmung. Das ist eine erschreckend hohe Zahl von Abgeordneten, und auch die erstaunlich lange Diskussion zeigte, dass die Frage des menschlichen und würdevollen Zusammenlebens aller Menschen in unserer Stadt offenbar keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Dabei hat das Vorgehen des Bürgermeisters Methode; alles, was seinen Vorstellungen von Ordnung und Reinheit im Wege steht, wird eliminiert.

Vor zwei Jahren wurde von der GuWo, wo er Aufsichtsratsvorsitzender ist, das Gebäude verkauft, wo das Frauenhaus Mieter war. Von diesem Vorhaben wurden die Betreiber die-

ser Einrichtung durch den Käufer unterrichtet, der auch gleich unmissverständlich zu verstehen gab, dass er ein Frauenhaus in seiner Immobilie nicht haben will. Innerhalb kürzester Zeit musste in einem großen Kraftakt ein neues Objekt gefunden werden, damit in Not geratene Frauen weiterhin eine Zuflucht mit ihren Kindern finden können.

Voriges Jahres füllte der Bürgermeister das Sommerloch, indem ad hoc der alternative Jugendclub in der Kaltenborner Straße seinen Mietvertrag mit der GuWo und damit seine Räumlichkeiten verlor. Die Jugendlichen hatten sich immer wieder, auch beim Bürgermeister zu Wort gemeldet, wenn es darum ging, aufzuzeigen, dass die rechtsextreme Gefahr in Guben Realität ist.

Dieses Jahr sind es die Mietschuldner der GuWo, die in sein Visier geraten sind und frei nach Niemöller (siehe rechte Spalte) sollte sich jede und jeder fragen, wie er sich zu solch einer Politik stellen will oder darf man am Ende nur noch als Geranie in Guben existieren?

Fraktion DIE LINKE:

# Die Linke fordert einen gesetzlichen Mindestlohn



Dass es in der reichen BRD für viele Menschen Armut gibt, ist eine Tatsache! Viele Beschäftigte und auch Rentner haben ein geringeres als das benötigte Einkommen und sind auf ergänzende Sozialleistungen zur Sicherung ihrer Lebensbedingungen angewiesen.

Davon zeugen auch folgende Beispiele aus unserer Stadt:

- Der Ehemann erhält insgesamt einen Bruttolohn von 1 366 EURO. Davon gehen 261,95 EURO Abzüge ab. Übrig bleibt ein Nettolohn von 1104,05 EURO. Seine Ehefrau muss deswegen Grundsicherung beantragen und erhält monatlich 422,08 EURO zugesprochen. Damit stehen der Familie 1 460,13 EURO monatlich zur Verfügung. Da die Ehefrau dem Arbeitsmarkt noch zur Verfügung stehen muss, wurde ihr nun erstmals (für 3 Jahre) eine Beschäftigung vermittelt, die mit 1,75 EURO/Std. vergütet wird – ohne Lohnfortzahlung bei Urlaub und Krankheit.
- In der Beschäftigungs- und Sanierungsgesellschaft Guben sind m. W. gegenwärtig 192 Mitarbeiter beschäftigt. Davon 149 für 12 Wochen als „1-EURO-Jobber“ (ca. 100 EURO/Monat). Weiterhin gibt es die für 12 Monate ausgelegte Beschäftigungsform „Arbeit statt Grundsicherung“ bei der zwischen 800 und 900 EURO versicherungspflichtig verdient werden. Ferner sind 7 Personen in ABM – ebenfalls ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis – beschäftigt.

Gespräche mit Beschäftigten in unserer Stadt ergaben, dass viele von ihnen für Hungerlöhne arbeiten. Zwar sind sie zornig darüber, doch aus Angst vorm Verlust des Arbeitsplatzes nehmen sie diese Hungerlöhne hin und wehren sich nicht. Doch was ist die immer wieder hochgelobte Demokra-

tie in der BRD wert, wenn sie Menschen zum Ducken zwingt?

Ausgehend davon, dass die existenzsichernde Einkommenshöhe zur Sicherung eines sozialen und kulturellen Mindestlebensstandards gegenwärtig bei knapp 1000 EURO Netto liegt fordert DIE LINKE. seit längerer Zeit als Einstieg einen gesetzlichen Mindestlohn von brutto 8 EURO/Std., der dann schrittweise bis zur Erreichung eines Einkommens oberhalb der Armutsgrenze (50% des durchschnittlichen Bruttolohnes) zu erhöhen ist.

Solch ein gesetzlicher Mindestlohn von 8 EURO/Std. würde bei einer Wochenarbeitszeit von 38,5 Std. einen Nettolohn erbringen, der mindestens auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze von 985 EURO liegt (Pfändungsfreigrenze besagt, dass bis zu diesem Netto keine Pfändung erfolgen darf, denn weniger als 985 EURO reichen nicht zum Leben).

Die Betonung liegt hierbei auf gesetzlich, d.h. dieser Mindestlohn wäre lt. erlassenem Gesetz zu zahlen und somit nicht vom Willen der Arbeitgeber oder tariflichen Vereinbarungen abhängig. Das Ziel eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn besteht also darin zu gewährleisten, dass das Arbeitseinkommen in allen Fällen das Existenzminimum erreicht.

Solch einen gesetzlichen Mindestlohn gibt es in 21 der 27 EU-Staaten; in Deutschland, Italien, Österreich und den skandinavischen EU-Ländern allerdings noch nicht! Dort wo es den gesetzlichen Mindestlohn gibt, beträgt er zwischen 40%-60% des durchschnittlichen Bruttolohnes und wird in der Regel den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst.

Da wir Mitglieder der Partei DIE LINKE. keine Utopisten sind, wissen wir natürlich, dass in Guben und auch in anderen Orten, viele der Gewerbetreibenden und Inhaber kleiner Firmen am Rande ihrer Existenz leben und gegenwärtig solch einen Lohn nicht zahlen können. Deswegen sollen Übergangsmöglichkeiten zur stufenweisen Einführung des gesetzlichen Mindestlohn für solche Betriebe geschaffen werden.

In diesem Sinne reichte die Linksfraktion im Bundestag im Februar 2006 entsprechende Anträge ein, die allerdings von allen anderen Parteien im Bundestag abgelehnt wurden.

Diese Anträge stützten sich auf wesentliche Forderungen der SPD, die diese auch in einer öffentlichen Unterschriftensammlung den Menschen vorlegte. Doch als es dann zur Abstimmung über den Antrag der Links-

fraktion kam, zeigte sich erneut die Täuschungs- und Betrugspolitik der SPD. Neben der totalen Ablehnung durch die CDU/CSU-Abgeordneten stimmten von den SPD-Abgeordneten nur vier für den Antrag, einer enthielt sich und 193 stimmten dagegen. Die 49 Ja-Stimmen der Linken und die 46 von Bündnis90/Grüne reichten also nicht aus, um den Antrag durchzubringen.

So werden weiter 3,5 Mill. Arbeitnehmer in der BRD weniger als 900 EURO im Monat verdienen und damit auf Zusatzleistungen des Staates oder Nebenverdienste angewiesen sein.

**Doch wir als Mitglieder der Partei DIE LINKE. können zu Recht versichern, dass wir in unseren Aktivitäten zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohn - und damit um die Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der Menschen in der BRD - nicht nachlassen werden.**

## DIE LINKE. hat Rentenkonzept

Anfang Juli hat die Fraktion DIE LINKE. in Berlin ihr Rentenkonzept vorgestellt, dass Altersarmut verhindern soll. Dafür will die Fraktion die Rentenformel ändern. „Das Leistungsziel muss Vorrang haben vor einer Politik der Beitragsstabilität, sagte Klaus Ernst, Vize-Vorsitzender DIE LINKE. D.h., die Rentenbeiträge, die sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen, müssen so kalkuliert werden, dass alte Menschen in Würde von ihren Renten leben können. Außerdem sollen die Renten im Osten endlich auf das Westniveau angehoben werden. red.



# **DIE LINKE.** im Rathaus



## **Umbenennung**

Nach dem Vereinigungsparteitag von Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE hat sich auch die Fraktion in ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause umbenannt.

## **Nachtragshaushalt**

Steter Tropfen höhlt den Stein. Diese Weisheit bewahrheitete sich wieder mal bei der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes. In einem Ruck wurden von der Verwaltung die bisher immer von der SVV abgelehnten zusätzlichen Ausgaben des Bürgermeisters untergebracht. Das sind die Umzugskosten des Rathauses, die angeblich vorher nicht planbar waren, und die Aufstockung der Gerichts-, Rechtsanwalts- und Gutachterkosten. Gegen die Stimmen der Linksfraktion wurden diesmal diese Ausgaben durchgewinkt.

## **Streit I**

Trotzdem die Stadt eine eigene Rechtsstelle unterhält schnellen die Ausgaben für Gerichts- und Anwaltskosten mit schöner Regelmäßigkeit in die Höhe. Ein Grund sind die vielen Verfahren, die Guben anhängig hat, weil durch den Bürgermeister Rechnungen für erbrachte Leistungen nicht oder unvollständig bezahlt werden. Weiterhin lässt er sich beispielsweise Gutachten von Anwälten erstellen, wenn er sich in Auseinandersetzung mit der SVV begibt.

## **Streit II**

Das Architektenbüro, welches beim Rathausausbau tätig war, wird auch weiterhin auf sein Geld (17.000 EURO) warten müssen. Der Bürgermeister teilte auf unsere Anfrage hin mit, dass er es auf einen Rechtsstreit ankommen lässt.

## **Streit III**

Peinlich, aus der Zeitung zu erfahren, dass die Künstlerin, welche den Kreisel-Hut entworfen hat, immer noch auf ihr Geld warten muss.

## **Baumaßnahme**

In einer Dringlichkeitsvorlage wurden den Abgeordneten schnell Daten zur geplanten Umgestaltung des Kirchplatzes überreicht. Im Vorfeld gab es weder in der SVV noch in den Ausschüssen eine detaillierte Diskussion zur Aufteilung der Kosten von immerhin fast einer halben Million Euro.

## **Verfahren**

Auf Antrag der SVV Guben hat der Landkreis Spree-Neiße ein Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister eingeleitet. Hintergrund sind die vorenthaltenen bzw. verspäteten Zahlungen an die MitarbeiterInnen des Bauhofs.

Von Peter Kammer

## **Ausnahmegenehmigung für die Diesterwegschule fordern!**

Im Staate BRD wird schon lange nicht mehr das gemacht, was die Mehrheit der Bevölkerung will. Dennoch sind die Politiker aller Couleur des Lobes voll über die hiesige Demokratie und beschwören ständig, dass alles absolut demokratisch zu ginge. So auch die Gubener Stadtverwaltung in Person des Bürgermeisters, der in seinem Standpunkt vom Juli dieses Jahres zur beabsichtigten Schließung der Diesterweg-Grundschule hervorhebt, dass er über eine demokratisch „legitimierte Handlungsgrundlage zur Gestaltung der Schullandschaft am Ort“ verfüge. Wie diese demokratischen Legitimierungen zu Stande kommen ist sicher nicht nur mir bekannt: Zahlen, Statistik, Normative stur anwenden und damit die Behauptung begründen, dass es keine Alternative gäbe. Im Papier des Bürgermeisters wird kein Wort verloren über qualitative Faktoren wie die Senkung der Klassenstärken insbesondere in sozial prekären Wohngebieten (nicht umsonst wird ein Sozialprojekt nach dem anderen im WK4 ins Leben gerufen). Kein Wort wird verloren über „extrem lange Schulwege“. Beides sind übrigens Ansprüche an die Bildungs-

landschaft, über die auch die Parteikollegen des Herrn Hübner laut nachdenken! Den Worten nach geht es ihnen darum, „die Qualität des Unterrichts an den Schulen zu verbessern“, da gerade in benachteiligten Regionen für einen gut ausgebildeten Nachwuchs zu sorgen wäre. Von alledem ist im Standpunkt des Bürgermeisters, noch nicht mal im Ansatz, etwas zu spüren; seine Bekenntnisse zum Bildungsstandort Guben sind nur Sprechblasen.

Im Juli bildete sich in Guben eine Elterninitiative, die sich den Erhalt der Diesterwegschule zum Ziel gesetzt hat. Diese Initiative ist als hoffnungsvolle Aktion von ganzem Herzen zu begrüßen. Die Gubener Linke wünscht dieser Elterninitiative viel Erfolg. In diesem Zusammenhang wenden wir uns auch an die Eltern und Lehrer der Schüler an der Corona-Schröter-Schule. Auch Sie sollten Ihren Unmut zum Ausdruck bringen über die weitere Belastung der Corona-Schröter-Schule, die durch die Schließung der Diesterwegschule verursacht würde. Schließen Sie sich dieser Elterninitiative an. Handeln wir alle im Geiste der Namensgeberin dieser Schule, einer konsequenten Humanistin und Frau mit Mut zur Selbständigkeit. Sie stünde an unserer Seite bei der Forderung nach einer Ausnahmegenehmigung zur Weiterführung der Diesterwegschule.

## Wir laden ein!

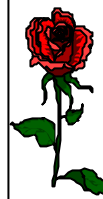
90. Jahrestag der „Großen sozialistischen Oktoberrevolution“ 1917 in Russland und der Novemberrevolution in Deutschland.

Zwei geschichtliche Ereignisse zwischen denen Zusammenhänge bestehen und die in der DDR sicherlich mit entsprechenden Feierstunden gewürdigt worden wären. Jedoch haben die seit 1989/90 stattgefundenen gesellschaftlichen Veränderungen auch unter den Mitgliedern unserer sozialistischen Partei zur kritischen Bewertung geschichtlicher Ergebnisse und Fakten geführt.

**Wir wollen diese Tatsache auch in einer Veranstaltung am 17. Oktober 2007 von 19:00 – 21:00 Uhr im Kulturzentrum am Schillerplatz beweisen.**

Dr. Norbert Podewin aus Berlin wird zum Thema „Oktoberrevolution – Alternative oder Irrweg“ referieren und Manfred Augustyniak wird zur Problematik „Die Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Guben“ sprechen. Anschließend sind ca. 50 Minuten für Meinungsäußerungen und Anfragen vorgesehen.

**Der Veranstalter – die Basisgruppe Obersprucke III der Gubener LINKEN – lädt alle interessierten Bürger herzlich ein.**



**Wir gratulieren unseren Seniorinnen und Senioren zum Geburtstag in den Monaten Juli, August und September:**

**Erna Kalisch zum 86.  
Heinz Antonczyk zum 85.  
Günter Otto zum 85.  
Waltraud Weber zum 84.  
Helga Förster zum 82.  
Rosa Ansorge zum 79.  
Ruth Wiemer zum 79.  
Edith Schmidt zum 78.  
Gerhard Donath zum 78.  
Erhard Brose zum 77.  
Manfred Augustyniak zum 77.  
Waldemar Ewald zum 77.  
Gisela Möhring zum 76.  
Manfred Staps zum 75.  
Franz Saueremann zum 74.  
Hannelore Ewald zum 73.  
Helga Augustyniak zum 70.  
Klaus Bröcker zum 68.  
Renate Blumrich zum 67.  
Helga Richter zum 65.  
Reiner Bielefeld zum 65.  
Jürgen Buder zum 63.  
Wolfgang Krüger zum 62.  
Hella Tröger zum 61.**

**TERMIN 20.09.07, 18:00 Uhr TERMIN**

**Jugendzentrum Fabrik e.V., Mittelstraße, Werk II**

Diskussion und Vortrag: „Worin müsste sich ein demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert vom gescheiterten Realsozialismus unterscheiden?“

Mit Prof. Dr. Klaus Steinitz, Berlin

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

## Schatten der Einheit

Aus KLAR, Infoblatt der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Der Jahrestag der „Deutschen Einheit“ wirft seine Schatten voraus. Gewiss wird die Regierung wieder auf „Leuchttürme“ der Industrie im Osten verweisen. Studien belegen jedoch: Die Situation in den neuen Bundesländern ist alarmierend.

Das Lohnniveau im Osten liegt nur bei 70 Prozent desjenigen im Westen, die Arbeitslosigkeit im Osten ist mehr als doppelt so hoch.

Es mehren sich die Anzeichen, dass sich

an dieser Situation langfristig nichts ändern wird: Der Bericht „Leben 2007“ des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg ist alarmierend. Fast 20 Prozent der Bevölkerung in Gemeinden mit bis zu 5000 Einwohnern im Osten erwarten, dass ihr Wohnort in zehn Jahren an Anziehungskraft verloren haben wird.

Und auch der Zukunftsatlas 2007 der Prognos AG mit seiner Auflistung aller deutschen kreisfreien Städte und Landkreise bestätigt diese düstere Perspektive: Unter den 40 kreisfreien Städten und Landkreisen mit dem Prädikat „hohe Zukunftsrisiken“ liegen 39 in Ostdeutschland, nur ein einziger Landkreis liegt im Westen. Die Studie listet auch Städte und

**Kreisfreie Städte und Landkreise mit „sehr hohen Zukunftschancen“**

**West: 31 Ost: 3**

Landkreise mit den besten Zukunftschancen: Auf den Plätzen 1 bis 138 findet sich der Westen 134 mal wieder, der Osten nur ganze 4 Mal.

Was unternimmt die Bundesregierung gegen diese unübersehbare Schieflage? Bisher verhalten die Forderungen der Fraktion DIE LINKE nach dem dringend notwendigen Kurswechsel für den Aufbau Ost ungehört.

**Kreisfreie Städte und Landkreise mit „sehr hohen Zukunftsrisiken“**

**West: 0 Ost: 9**

**Öffnungszeiten  
Geschäftsstelle, Berliner Str. 1  
Dienstag und Donnerstag  
von 14:00 – 16:00 Uhr**

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE.  
der SVV Guben  
jeweils Montag ab 19:30 Uhr Rat-  
haus (Turm West)**

Impressum:  
Zeitung von DIE LINKE. Guben und  
Infoblatt der SVV-Fraktion DIE LINKE.  
V.i.S.d.P.: Gabriele Scholz  
Berliner Str. 1, 03172 Guben  
Redaktionsschluss 09.09.2007  
Druck: Eigendruck, Auflage 7.250 Stück